

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

31.5.1929 (No. 123)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
H. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturvorfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die englischen Wahlen

Niederlage der Konservativen

W.D. London, 31. Mai (Tel.) Die Wahltagung um 12.15 mittags war folgende: gewählt sind 80 Konservative (Nettogewinn 53), 122 Arbeiterparteiliche (Nettogewinn 55), 15 Liberale (Nettogewinn 1), 5 Unabhängige.

Für die Parteien wurden nach den bisher vorliegenden Berichten an Stimmen abgegeben: Arbeiterpartei 3 294 175, Konservative 2 893 569, Liberale 1 623 542.

Bei den letzten Wahlen hatten die Konservativen 413, die Arbeiterpartei 150 und die Liberale 40 Sitze errungen.

Die Wahlsituation

Da noch nahezu 400 Wahlergebnisse bekanntgegeben werden müssen, bevor das Verhältnis der verschiedenen Parteien zueinander feststeht, richtet sich das Interesse vor allem auf die Fragen, ob der Angriff der Arbeiterpartei, der in so vielen industriellen Wahlkreisen erfolgreich war, auch in den Grafschaften und in den noch ausstehenden städtischen Wahlkreisen erfolgreich sein wird. Macdonald hat erklärt, die Ergebnisse seien georgartig. Die Regierung habe das Vertrauen des Landes verloren, und die Arbeiterpartei habe es gewonnen. Bisher sind 3 Frauen wiedergewählt und eine ist neu gewählt. In London sind die Bezirke Chelsea und City konservativ geblieben, in verschiedenen anderen Kreisen des Bezirkes ist die Arbeiterpartei erfolgreich gewesen. In Birmingham hat die Arbeiterpartei, die bisher nur einen Sitz hatte, im ganzen 6 Sitze gewonnen. Von den 5 Wahlkreisen Westholts sind 4 der Arbeiterpartei zugefallen. Von den 11 Wahlkreisen Liverpool sind 9 unverändert geblieben, in zweien hat die Arbeiterpartei die Konservativen geschlagen.

Einzelresultate

Der Außenminister in der konservativen Regierung, Sir Austen Chamberlain siegte in seinem Wahlkreis Birmingham-West gegen den Arbeiterkandidaten mit einer Mehrheit von nur 43 Stimmen. Die Arbeiterpartei gewann nicht weniger als vier Sitze in dem konservativen Vorkreis Birmingham. Das konservative Parlamentsmitglied Lady Astor wurde in ihrem Wahlkreis Plymouth mit einer Mehrheit von nur 211 Stimmen wiedergewählt, während ihre Mehrheit im Jahre 1924 5079 betrug. Wiedergewählt wurde der Arbeiterführer Wedgwood. Seine Mehrheit erhöhte sich von 3801 auf 11 320, der Arbeiterführer Clynes, dessen Mehrheit im Jahre 1924 sich von 1006 auf 6846 erhöhte, Lord Eustace Percy (Minister im konservativen Kabinett), Johnson Dicks (kons. Innenminister), dessen Mehrheit, die im Jahre 1924 10 944 Stimmen betrug, auf 5966 Stimmen zurückgegangen ist, der Arbeiterführer Arthur Henderson, dessen Mehrheit von 4465 auf 7954 gestiegen ist, der konservative Luftfahrtminister Sir Samuel Hoare (mit einer etwas erhöhten Mehrheit), der konservative Kriegsminister Evans, der Arbeiterführer Bonson (der seine Mehrheit von 2345 auf 10 449 Stimmen erhöht hat).

Der Attorney-General in der konservativen Regierung Thomas Inskip, wurde durch eine Mehrheit von 4226 geschlagen (ein Arbeiter Sieg gegen die Konservativen). Inskip hatte bei der letzten Wahl eine Mehrheit von 3159 Stimmen. Gewählt wurde der Arbeiterkandidat Oliver Baldwin, Sohn des konservativen Premierministers. Der bisherige einzige kommunistische Abg. Saklatvala ist gegen den Arbeiterkandidaten im Wahlkreis Battersea North, der von den Konservativen, der Arbeiterpartei, den Liberalen und Kommunisten umstritten wurde, unterlegen.

Die Finanzlage der Reichsbahn

Vom 27. bis 29. Mai tagte in Berlin der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Der Geschäftsbericht und die Bilanz für das Jahr 1928 wurden, wie die Gesellschaft mitteilt, genehmigt und die Ausschüttung einer Dividende von 7 Prozent auf die ausgegebenen Vorzugsaktien sowie 1/5 beschlossen.

Die Finanzlage im vorliegenden Geschäftsjahr war stark angepannt. Das Gleichgewicht zwischen Betriebsrechnungen und Betriebsausgaben und die Erfüllung der der Reichsbahn auferlegten besonderen Verpflichtungen konnte nur durch eine unerwünschte Einschränkung der Sachausgaben erreicht werden. Die ersten 4 Monate des laufenden Geschäftsjahres 1929 haben, beeinflusst durch die Wirtschaftsdpression und durch den langen und starken Frost, die in Rechnung gestellten Mehreinnahmen nicht gebracht. Die Einnahmen sind bis zum 1. Mai um rund 30 Millionen Reichsmark gegen den Vorschlag zurückgeblieben, während die Ausgaben durch den Frost gesteigert wurden. Bei dieser ungünstigen Finanzlage ist es nicht möglich, einer Erhöhung der Personalausgaben zuzustimmen, wie sie bei Durchführung des Schiedspruchs im Arbeiterlohnstreit entstehen würde. Sie beläuft sich an reinem Lohn auf 43,2 Millionen Reichsmark. Hinzu kommen noch andere Aufwendungen auf dem Personalgebiet, die mit mindestens weiteren 10—12 Millionen Reichsmark zu veranschlagen sind. Eine Deckung für diese Mehrausgabe ist bei den geltenden Tarifverträgen nicht vorhanden. Eine weitere Einschränkung der jetzt schon zu stark gedrohten sachlichen Ausgaben ist unmöglich. Der Wettbewerb des Kraftwagens mit der Eisenbahn beschäftigte den Verwaltungsrat eingehend.

Ergebnislose Tarifverhandlungen in der Eisen- und Stahlindustrie. Die Verhandlungen über eine Heraufhebung der Löhne in der nordwestdeutschen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie, die am Donnerstag in Essen stattfanden, wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen.

Letzte Nachrichten

Wiederezusammentritt des Reichstags

Reichstag und Reparationen

M. Berlin, 31. Mai (Priv.-Tel.) Die Reaktung der Reparationen wird sehr große gesetzgeberische Änderungen zur Folge haben, die am 1. September eintreten müssen. Infolgedessen wird damit gerechnet, daß der Reichstag von jetzt an ununterbrochen bis tief in den August hinein arbeiten muß. Notwendig sind u. a. Änderungen des Reichsbankgesetzes und des Reichsbahngesetzes. Man rechnet damit, daß beim Reichsbankgesetz voraussichtlich an Stelle des Reichsbankkommissars ein Direktor der neuen Reparationsbank treten wird. Dagegen glaubt man nicht mehr, daß ein voller Verzicht auf die Verpfändung gewisser Reichseinnahmen in Paris zu erreichen sein wird.

Der Reichstag wird am Montag, den 3. Juni, nachmittags, seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen. In Fortsetzung der Etatsberatungen wird zunächst der Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Landprogramm beraten werden. Wann der Etat im Plenum erledigt werden kann, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, obwohl der Ältestenrat schon in seiner letzten Sitzung Abendstunden des Plenums in Aussicht genommen hat.

Verlängerung der Zeichnungsfrist für die Reichsanleihe

W.D. Berlin, 31. Mai. (Tel.) Der Schlußtermin der heute ablaufenden Zeichnungsfrist für die neue Reichsanleihe ist bis 8. Juni verlängert worden.

Neue Erkrankung des englischen Königs

Br. London, 31. Mai. (Priv.-Tel.) Das Befinden des englischen Königs, der auf neue erkrankt ist, gibt zu ersten Besorgnissen Anlaß. Außerlich tritt das dadurch in Erscheinung, daß der Leibarzt aus Paris im Flugzeug nach London zurückkehren mußte, und daß der Regenschafter einberufen worden ist.

Stageral-Feier der Reichsmarine

W.D. Kiel, 31. Mai (Tel.) Am heutigen Tage feiert sich zum 13. Male der Tag der Seeschlacht im Stageral. Aus diesem Anlaß fand heute vormittag auf dem Garnisonfriedhof eine Gedächtnisfeier an den Gräbern der Gefallenen statt, an der Abordnungen aktiver und inaktiver Offiziere und Mannschaften sowie die Hinterbliebenen in großer Zahl teilnahmen. Anschließend nahm der Stationschef, Konteradmiral Hansen, auf dem Flantern-Platz eine Parade der See- und Luftstreitkräfte ab. In seiner Ansprache gedachte Konteradmiral Hansen des Führers in der Schlacht, des verstorbenen Admirals Scheer, und mahnte zur Geschlossenheit und Opferbereitschaft des deutschen Volkes, damit die Kräfte, die uns zur Stageral-Schlacht befähigten, unser Volk wieder groß, stark und frei machen können.

Erinnerungsfeiern der deutschen Vereine

W.D. New York, 31. Mai. (Tel.) Anlässlich des Memorial day veranstalteten die hiesigen deutschen Vereine Feiern, vor den Denkmälern von Carl Schurz und Franz Sigel unter Beteiligung einer Abordnung der Bundesstruppen. Vor dem Sigel-Denkmal, das am Hudson liegt, feuerte ein Kreuzer einen Ehrensalut ab. In Chicago marschierten die Veteranen der deutschen Feldzüge mit in der Parade. Sie wurden von den Zuschauern lebhaft begrüßt.

89 Milliarden Nationaleinkommen in Amerika

W.D. Washington, 31. Mai. (Tel.) In einer Sonderbeilage des Berichts Hoover über die wirtschaftlichen Veränderungen der Vereinigten Staaten wird das Nationaleinkommen im Jahre 1928 auf 89 Milliarden Dollar, d. h. 745 Dollar pro Kopf, geschätzt.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die endgültigen Zahlen über die unterstützten Arbeitslosen am 15. Mai zeigen, daß die Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des Mai weiter erheblich zurückgegangen ist. Die Abwärtsbewegung war, wie nach den Meldungen der Landesarbeitsämter zu erwarten, nicht ganz so stark wie in der zweiten Hälfte des April, da der Massenbedarf in den alten Berufen im wesentlichen gedeckt war. Immerhin ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Zeit vom 1. bis 15. Mai von rund 1 126 000 auf rund 927 000 gesunken. Der Rückgang beträgt also 199 000 oder 17,8 Prozent. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge hat sich wiederum kaum geändert (198 887 am 15. Mai, gegenüber 198 780 am 30. April).

An Kostensparmaßnahmen aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge wurden am 15. Mai 104 000, gegen 93 000 am 30. April, gezahlt.

Nach den vorläufigen Mitteilungen der Landesarbeitsämter ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen auch in der Zeit bis zum 25. Mai wiederum zurückgegangen. Sie dürfte gegenwärtig etwa 850 000 betragen.

Wirtschaftliche Umschau

Ford und J. G. Farben — Um die Führung in der Waggonindustrie — Der Füllfederhalter

Die beiden gewaltigen Autofirmen Amerikas, Generalmotors, die nun die Mehrheit der Opelwerke in Rüsselsheim in Händen haben, und Ford, der seit 1926 in Berlin-Mögensee in einem großen Fabrikbetrieb seine Autos herstellt, sind Konkurrenten. Sie sind aber in Deutschland gerade entgegengesetzt vorgegangen. Während Generalmotors das größte deutsche Autowerk einfach übernommen, hat Ford nun für seine Berliner Fabrik deutsches Kapital hinzugezogen und klabfichtigt ferner, noch in diesem Jahre eine weitere Fabrik (wie es heißt in Bayern, man spricht von Regensburg) einzurichten. Mit Staunen erfährt man dieser Tage, daß der Deutsche Farbentrust, die J. G. Farben und ihr nachstehende Gruppen, 40 Proz. des sich auf 15 Millionen belaufenden Aktienkapitals der Berliner Ford A.-G. übernommen haben, ein Vorgang, der auch insofern bemerkenswert ist, als Ford in England im Interesse seiner Bekanntheit und Popularität seine Aktien in möglichst viele Einzelhände brachte und auch die nun von der J. G. Farben übernommenen Aktien zuerst zur öffentlichen Zeichnung bestimmt waren.

Wieder etwas Neues fügt damit die J. G. Farben ihrer vielseitigen und enorm ausgedehnten Betätigung hinzu. Sie kam mit Ford bereits in Verbindung bei der vor einiger Zeit erfolgten Gründung der American J. G. Chemical Corp., zu deren Geldgebern er neben der Standard Oil Co. of New-Jersey gehörte. Hier wird man u. a. J. G. Farbenpatente bei der Herstellung von Benzin aus Kohöl verwenden. Ford hat aber auch Interesse an dem neuen Leichtmetall der J. G. Farben, Elektron, einer Magnesiumverbindung, sowie Farben und Runkeladen. Die anlässlich der Transaktion gemachten Mitteilungen kündigen an, daß man in den deutschen Ford-Fabriken soweit als möglich deutsches Material verwenden will, nicht nur für die Wagenfabrikation in Deutschland, sondern auch für den Export von Material und Zubehör an andere Ford-Fabriken in der ganzen Welt. U. a. ist für den Fordson Traktor, der in Irland hergestellt wird, die Bosch-Magnetzündung vorgesehen. Ford erklärt somit, daß er Großabnehmer von Erzeugnissen der deutschen chemischen und mechanischen Industrie werden wolle. In die deutsche Ford-A.-G. ist Geheimrat Bösch von der J. G. Farben als Aufsichtsratsvorsitzender eingetreten.

Die amerikanische Gründung der J. G. Farben findet in Amerika übrigens scharfe Gegner durch die American Chemical Foundation, die seinerzeit während des Krieges zur Verwertung der damals beschlagnahmten Farbenpatente ins Leben gerufen worden war. Auch die Konkurrenten Fords, die Generalmotors, stehen in Verbindung mit chemischen Großkonzernen, wie dem englischen Farbentrust. Es handelt sich hier sichtlich um Vorgänge von weltwirtschaftlicher Bedeutung, die aber durchaus nicht auf einen gegenseitigen Vernichtungskampf hinauszuulaufen brauchen.

In der Generalversammlung der Waggonfabrik Gebr. Schöndorff A.-G. in Düsseldorf haben bekanntlich die Anträge auf Kapitalerhöhung zur Sanierung der Fuchs-Waggonfabrik Seidelberg und der Norddeutschen Waggonfabrik Bremen nicht die genügende Mehrheit gefunden, da die Westdeutsche Waggonfabrik in Köln, die etwa 25 Proz. des Kapitals von Gebr. Schöndorff besitzt, dagegen stimmte, um diesen Konzernplan zu verhindern. Die Sanierung in Seidelberg ist jedoch dadurch gesichert, daß nun ein Bankenkonsortium statt der Gebr. Schöndorff die Kapitalerhöhung durchführt und die 1,82 Millionen neue Fuchs-Aktien erwirbt. Die Seidelberger Fabrik, die zur Zeit für etwa 2 1/2 Millionen Aufträge und weitere Aufträge in gleicher Höhe zu erwarten hat, wenn der 100-Millionen-Bankenkredit perfekt werden sollte, hat bereits mit der Wiedereinstellung von Arbeitern begonnen.

Der Westdeutsche Waggontrust (Bereinigte Westdeutsche Waggonfabriken A.-G. in Köln) hat offenbar in der Erhaltung der badischen Waggonquote eine Durchkreuzung seiner Pläne. Gätte Fuchs liquidiert, wäre dessen Waggonquote von 3,39 Proz. auseinandergefallen, da der hiesige Anteil von 1 Proz., der aus dem Übergang der Rhein-Neckarbahn an das Reich resultiert, der

dem westdeutschen Waggontrust, angehörenden Waggonfabrik Gebr. Castell, Rombach-Mainz zugefallen wäre und man auch die Einbeziehung der durch den Anfall der gesamten badischen Quoten gestärkten Waggonfabrik Kistalt plante.

Diese Vorgänge, die einen Kampf um die Führung erschichtlich machen, geben auch einen Hinweis auf die Ursache der Hindernisse, die dem seit langem geplanten inländischen Quotenverband für das freie Waggongeschäft entgegenstehen. Die Folge davon ist, daß die internationalen Waggonverhandlungen, durch welche die ständigen bisherigen Exportverluste der deutschen Waggonindustrie beseitigt werden könnten, sich immer noch im Stadium der Vorbesprechungen befinden. Der freie Waggonverband scheiterte bereits einmal zu Beginn des Vorjahres an dem Widerstand der Straßenbahnen, welche die Einräumung einer Selbstkostenkontrolle verlangten und mit dem gemeinsamen Anlauf einer Waggonfabrik drohten. Auch die Verhandlungen über den 100-Millionen-Lieferungskredit der Waggonfabriken an die Reichsbahn scheinen nicht vorwärts zu kommen, was sowohl eine Folge der allgemein schwierigen Lage des Kreditmarktes ist, wie auch dadurch mit erklärt werden kann, daß sich die Einigung der Großbanken verzögert, die hinter den um die Führung ringenden Waggonkonzernen stehen.

Der Konkurs der Füllfederhalterfabrik Koch, Weber & Co., A.-G. Heidelberg (Kaweco) ist auf die deutsche Kapitalarmut und die übermächtige amerikanische Konkurrenz zurückzuführen. Die Kaweco-Fabrik wurde bereits im Jahre 1883 begründet und baute ihr Produkt, den Füllfederhalter, immer mehr aus, bis er schließlich als begehrter Gebrauchsgegenstand im Inland und Ausland sich durchsetzte. Seit dem Krieg betrieb die Firma auch die Goldfedernfabrikation. Ihre finanziell ungenügende Kapitalbasis bedingte aber bereits 1927 ein Verleihenverfahren, und auch die damals erfolgte Sanierung erwies sich als ungenügend, da der größte Teil des wiedererhöhten Kapitals den Gläubigern zufloß und das notwendige Betriebskapital fehlte. Gegen die mit Niefenmitteln betriebenen Reklame der amerikanischen Konkurrenz hatte die Firma, worüber sie schon in ihrem Geschäftsbericht von 1927 klagte, einen immer schwereren Stand, namentlich wegen der notwendigen Umstellung in der Materialbeschaffung. Die Firma, die zur Zeit mit etwa 200 Angestellten und Arbeitern noch fortarbeitet, in den sechs Monaten Oktober 1928 bis März 1929 einen Umsatz von 556 000 M hatte und über modern eingerichtete und umfangreiche, jedoch nicht voll ausgenützte Anlagen verfügt, hat, da jetzt mit einer Stilllegung zu rechnen ist, sich zu Kündigungen ihres Personals entschließen müssen.

Hauptstich der Füllfederhalterfabrikation in Deutschland ist Heidelberg und die Nachbargemeinde Dossenheim. In Heidelberg befanden zeitweise bis sieben derartige Spezialfabriken, darunter zwei Großbetriebe, von denen der eine Kaweco ist. Von diesen Fabriken hat sich schließlich außerdem nur noch Böhler & Cie., A.-G. in Dossenheim erhalten, die erst 1919 gegründet wurde, und in Verbindung mit der amerikanischen Füllfederhalterfabrik Parker trat, nachdem sie 1924 eine aufs modernste eingerichtete Fabrik bezogen hatte. Sie hat schließlich ihre Firma in Parker A.-G. mit einer Tochtergesellschaft, der Osma G. m. b. H., geändert, die eine eigene, große, auch über das Ausland sich erstreckende Verkaufsorganisation besitzt und Millionenumsätze hat. Die Herstellung dieser Füllfederhalter soll demnächst ganz in Deutschland erfolgen, während bisher Teile von Füllfederhaltern aus Amerika bezogen wurden.

Der sozialdemokratische Reichsparteitag

Wiederwahl des Parteivorstandes
 W.D. Magdeburg, 31. Mai. (Tel.) Auf dem sozialdemokratischen Parteitag wurde heute der Parteivorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Von insgesamt 386 Stimmen erhielten die beiden jetzigen Vorsitzenden, Wels und Crispian, 306 Stimmen bzw. 278 Stimmen. Der Rest des dritten Vorsitzenden wurde für den Reichsfunkler offengelassen.

Abstimmungen
 Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg gab es am Mittwoch und Donnerstag ausführliche Debatten. Der revidierte Entwurf der Wehrkommission wurde mit 244 Stimmen gegen 147 Stimmen angenommen. Damit sind alle übrigen Anträge zum Wehrprogramm abgelehnt.

Alle mit der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Anträge wurden der Fraktion überwiesen, ferner die Anträge auf Erhöhung der Versicherungsprämie der Krankentassen, desgleichen Anträge auf Überhebung der Höhe und ein Antrag, der gegen den Abschluß von für die Arbeiter ungünstigen Handelsverträgen gerichtet ist, sowie Anträge über Pensionen, Wohnungsbau und Wiedereinstieg. Abgelehnt wurde ein Antrag, wonach führende Parteigenossen in der Reichs- und den Länderregierungen bei wichtigen Entschlüssen zuvor die Fraktion zu hören, desgleichen ein Antrag, der grundsätzliche Unvereinbarkeit von Parlamentsmandaten und Geschäftstätigkeit unter bestimmten Bedingungen ausspricht. Annahme fand ein Antrag auf Vereinheitlichung der Krankenversicherung, sowie ein Antrag auf Wiederangleichung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Saargebietes an das Reich.

Im Osnabrücker Bauernprozeß. Wegen der Kundgebungen vor dem Osnabrücker Gerichtsgebäude am 8. Januar wurden von den 57 Angeklagten elf freigesprochen, die übrigen zu je 100 M Geldstrafe oder einer Woche Gefängnis und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, der Freispruch der elf Angeklagten habe erfolgen müssen, da eine Teilnahme an den Kundgebungen nicht erwiesen sei. Von Gefängnisstrafen sei abgesehen worden, da die Handlung nicht aus erschwerender Bestimmung erfolgt sei, sondern die Notlage der Landwirte berücksichtigt werden müsse.

Teileinigung in Paris

Übereinstimmung in der Zahlenfrage

Am Mittwochabend wurde auf neue amerikanische Vermittlung hin eine prinzipielle Einigung in der Zahlenfrage erzielt. Es wurde folgendes von den Delegationen gemeinsam verabredetes Communiqué ausgeben:

„Die Sachverständigen der Gläubigerstaaten und die deutschen Sachverständigen haben sich schon seit einiger Zeit bereit erklärt, die Annuitätssumme von 2050 Millionen Reichsmark, wie sie vom Vorsitzenden vorgeschlagen ist, anzunehmen, obwohl bezüglich einiger Fragen noch Meinungsverschiedenheiten bestanden. Diese Meinungsverschiedenheiten sind jetzt gelöst und eine Auslegung, die sowohl für die Gläubiger, wie für Deutschland annehmbar ist, ist gefunden worden, vorbehaltlich allerdings der Einigung über die ungelösten Bedingungen, deren Entscheidung noch offen steht.“

Nach diesen vorläufigen Vereinbarungen würde Deutschland folgende Summen zu zahlen haben:

Vom 1. April bis zum 1. September 1929: 1200 Millionen Reichsmark, und zwar 1050 Millionen Daweszahlungen und die in dieser Zeitperiode fällig werdende zweite Rate der Industrieobligationen mit 150 Millionen Reichsmark.

Die eigentlichen Young-Zahlungen gestalten sich folgendermaßen:

von	bis	Summe	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940
1. Sept.	31. März	742,8											
1. April	31. "	1707,9											
1. "	31. "	1685,0											
1. "	31. "	1738,2											
1. "	31. "	1804,3											
1. "	31. "	1866,9											
1. "	31. "	1892,9											
1. "	31. "	1939,7											
1. "	31. "	1977,0											
1. "	31. "	1939											
1. "	31. "	1940											

Vom 11. Jahr an ist somit die 2-Milliarden-Grenze erreicht. Dann steigen die Ziffern langsam an und bleiben auf einer ungefähren Höhe von 2,2 bis 2,3 Milliarden Reichsmark, so daß die Durchschnittszinssumme innerhalb der 37 Jahre von 188,8 Millionen (ohne Dawesanleihe) erreicht ist.

Der Dawesplan läuft weiter bis zum 1. September und wird dann von dem neuen Zahlungsplan abgelöst. Sollten bis zum 3. September die Regierungsverhandlungen nicht beendet sein, dann würde für das Inkrafttreten des Young-Plans ein zweiter Zeitpunkt angenommen werden, doch würde das, was am Mittwoch ausdrücklich festgelegt wurde, an der Höhe der deutschen Jahreszahlungen nichts ändern.

Die deutschen Vorbehalte

Unberührt sind noch die deutschen Vorbehalte. Es wurde beschlossen, in besonderen Unteranschüssen in einen Kontraktuellen Meinungsaustausch mit den deutschen Delegierten einzutreten. In den Vorbehalten ist zu bemerken, daß jedenfalls folgende vier Fragen in Paris noch unerledigt sind:

1. Das Zahlungsmoratorium,
2. Die Freigabe des deutschen Eigentums im Ausland, soweit es noch nicht liquidiert ist;
3. Der Verzicht der Gläubigerstaaten auf die Reichsbahn als Pfand (daß die Industriebelastung wegfällt, steht seit langem fest);
4. Die Frage, auf welche Weise die Zahlungen der letzten 21 Jahre, also vom 37. bis zum 58. Jahr, erfolgen sollen. Bekanntlich wünschen die deutschen Sachverständigen, daß diese Zahlungen aus den Einkünften der zu gründenden internationalen Ausgleichsbank, sowie aus Leistungen, der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns aufgebracht werden.

Daß neben den obengenannten Zahlen noch die Befugungskosten besonders bezahlt werden müßten, scheint ausgeschlossen. Die Befugungskosten waren in den Daweszahlungen enthalten und auch in den Youngischen Zahlen. Übrigens ist dies eine Frage für die Gläubigerstaaten, die Deutschland direkt nichts angeht.

Eine Bestimmung darüber, daß etwa bei der vollständigen Ablösung der beiden Pläne am 1. September eine Räumung in Aussicht genommen ist, dürfte wohl nicht in den Abmachungen enthalten sein. Es ist die Bestimmung enthalten, daß die Sachverständigen einen Bericht an die Regierungen und an die Reparationskommission machen. Es wird dann Aufgabe der Regierungen sein, weitere verbindliche Abmachungen über die Ausführungen zu treffen.

Wahrscheinlich wird eine Änderung der Bestimmungen über die Industrieobligationen und des Reichsbahngesetzes notwendig werden. Die Zahlungen der Reichsbahn werden an innere Stellen gehen. Das Reich wird mit seinem Budget den Gläubigern gegenüber haften.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zu Dienstag, den 4. Juni, vormittags 10 Uhr einberufen worden. Als einziger Punkt steht die Beratung der Ergebnisse der Sachverständigenkonferenz in Paris auf der Tagesordnung. An der Sitzung wird voraussichtlich Reichsaussenminister Dr. Stresemann teilnehmen, da zunächst Staatssekretär v. Schubert zu der Tagung des Völkerbundesrates nach Madrid fährt.

Die französische Regierung und der Zahlentompromiß

W.D. Paris, 31. Mai. (Tel.) Die „Victoire“ will die Mitteilung erhalten haben, daß die Regierung sich im Verlaufe des gestrigen Kabinettsrates mit dem Zahlentompromiß der Reparationsfachverständigenkonferenz beschäftigt und bereits jetzt die vorgeschlagenen Ziffern gebilligt habe.

Das belgische Wahlergebnis

Nach dem endgültigen Ergebnis der am Sonntag vollzogenen Parlamentswahlen in Belgien wird die belgische Kammer sich folgendermaßen zusammensetzen: Sozialisten 70 (bisher 78), Katholiken 75, darunter ein unabhängiger Katholik (78), Liberale 29 (23), Kommunisten 1 (2), Frontisten 12 (6). Die aus Katholiken und Liberalen bestehende Regierungsmehrheit ist also von 101 auf 104 gestiegen.

Beilegung des Sprachenkonflikts in Böhmen

Der Sprachenkonflikt in der böhmischen Landesvertretung, der am Mittwoch zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen der deutschen und der tschechischen Parteien und zu einer Unterbrechung der Sitzung führte, wurde durch ein Abkommen, das zwischen den Klubobmännern getroffen wurde, beigelegt. Danach müssen die deutschen Landesauschussmitglieder oder Mitglieder der Landesvertretung oder der Kommissionen Referate in der Staatsprache erstatten und können dann eine freie Übersetzung in der Minderheitensprache beifügen. Die gleiche Bestimmung gilt auch für die Debatten. Konkrete Anträge werden nur in der Staatsprache vorgelegt. In diesem Falle soll auch in den Bezirks- und Gemeindevertretungen mit den Minderheiten verfahren werden.

Aus der Praxis der Kartellaufsicht

Von Oberregierungsrat Dr. E. Klok, Karlsruhe

III.

Künftige Entwicklung

Das Problem der ganzen Kartellaufsicht und Kartellrechtsprechung hat auch einen wichtigen Beratungsgegenstand auf dem letzten Deutschen Juristentag in Salzburg (September 1928) gebildet und zu formulierten Beschlüssen geführt, die auf die endgültige Gestaltung der Kartellgesetzgebung voraussichtlich nicht ohne Einfluß sein werden. Einbezogen in die Beratung wurde auch die Frage der Reform der österreichischen Kartellgesetzgebung als ein Bestandteil der allgemein angestrebten Rechtsangleichung. Das Ergebnis dieser Beratung kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Notwendigkeit einer Verwaltungsaufsicht über die Kartelle und marktbeeinflussende Großunternehmungen anerkannt wird, daß diese Aufsicht — nicht, wie vielfach verlangt wird, einem besonderen Kartellamt als neu zu bildender Behörde —, sondern nach wie vor dem wirtschaftspolitisch verantwortlichen Reichswirtschaftsminister zustehen soll, welcher von einem unabhängigen Sachverständigenausschuss zu beraten sei. Die Mittel der Aufsicht sollen in der Befugnis bestehen, von den genannten Wirtschaftskörpern Auskünfte und Vorlage ihrer Beschlüsse vor dem Inkrafttreten aus dringenden Interessen der Gesamtwirtschaft zu verlangen. Im übrigen soll sich die Reichsaufsicht auf eine wirtschaftliche Beeinflussung im Wege vertrauensvoller Verhandlungen beschränken, jedoch unter Wahrung der berechtigten Belange des betreffenden Wirtschaftszweiges und unter Berücksichtigung dringender Interessen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls. Als gesetzlich festzulegende Verwaltungsmaßnahmen wurden vorgeschlagen: Auflösung von Kartellen unter Strafandrohung, Nichtigerklärung von Verträgen oder Beschlüssen (ganz oder teilweise), Unterjogung der Durchführung bestimmter Maßnahmen. Gegen die Anordnung des Reichswirtschaftsministers soll die Beschwerde an das Reichsverwaltungsgericht gegeben sein, das nach Anhörung des Sachverständigenausschusses über die Zulässigkeit des Verwaltungsaktes zu entscheiden hat.

Soweit wird die öffentlich-rechtliche Seite des Kartellproblems behandelt und unter scharfer Trennung hiervon zur privatrechtlichen Seite die Forderung erhoben, daß für die privatrechtlichen Beziehungen der durch private Organisationen geregelten Wirtschaft die Grundsätze des bürgerlichen Rechts maßgebend sein sollen und daß für die kartellrechtlichen Streitigkeiten dieser Art unter Aufhebung der besonderen Kartellgerichtsbarkeit die ordentlichen Gerichte zuständig sein sollen, gegebenenfalls unter Konzentration der Rechtsprechung auf bestimmte Oberlandesgerichte. Die derzeitige Regelung der fristlosen Kündigung aus wichtigem Grunde sei zu ändern, die Präventivjurisur für Sperren aufzuheben.

Hierzu ist zu sagen: Der Kernpunkt dieser Vorschläge liegt in der Beseitigung des Kartellgerichts als eines in der Not der Inflation geborenen Sondergerichts, dessen Charakter als unabhängiges Gericht wegen der Mitwirkung von Interessenträgern stark angefochten ist und bei dem das Fehlen einer zweiten Instanz als besonderer Mangel empfunden wird. Seine Zuständigkeiten sollen, soweit sie verwaltungsrechtlicher Art sind, auf das Reichswirtschaftsministerium, und soweit sie privatrechtlicher Art sind, auf die ordentlichen Gerichte übertragen werden. Als Rechtsgarantie gegen die Verwaltungsanordnungen des Reichswirtschaftsministeriums ist die Berufung an das Reichsverwaltungsgericht als Korrelat des modernen Grundgesetzes der gleichmäßigen Verwaltung vorgesehen.

Der Sinn des Beschlusses ist dahin gekennzeichnet worden, daß die Maßnahmen des Ministers ausschließlich einer verwaltungsrechtlichen, nicht aber auch einer kartellpolitischen Kontrolle durch das Reichsverwaltungsgericht unterworfen sein sollen, daß somit nur die rechtliche Zulässigkeit des Verwaltungsaktes, nicht auch dessen Zweckmäßigkeit der Nachprüfung unterliegen solle; damit seien die kartellpolitischen Maßnahmen des Ministers in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung jeder richterlichen Nachprüfung völlig entzogen, und für sie bestehe daher nur die Verantwortlichkeit des Ministers dem Reichstag gegenüber. Als positives Ergebnis läßt sich ferner aus der Resolution die Tatsache ableiten, daß an dem grundsätzlichen Recht des Staates auf Kartellaufsicht und damit an der Zulässigkeit der Beschränkung der Vertragsfreiheit festgehalten wurde, und daß eine klare Scheidung der kartellrechtlichen Maßnahmen nach der öffentlich-rechtlichen Seite (Zuständigkeit der staatlichen Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit) und nach der privatrechtlichen Seite (Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte) verlangt wurde. Damit ist aber das Problem einer Teilung unseres Rechts in ein öffentliches und privates Recht, die sich aus der herrschenden Rechtsystematik mit ihren historisch-dogmatischen Bindungen erklärt und die durch die neuere Rechtsentwicklung (vgl. z. B. die Regelung der Arbeitsgerichtsbarkeit mit der Übertragung der Entscheidung auch über öffentlich-rechtliche Normen an die bürgerlichen Gerichte) sowie ins Besondere in der Trennung der beiden Rechtsgebiete und damit an der hierdurch bedingten verschiedenen Zuständigkeitsregelung festhalten, so ist dem Vorschlag des Juristentag hinsichtlich der Übertragung der Streitigkeiten über Kartellkündigungen an die ordentlichen Gerichte jedenfalls der Einwand entgegenzusetzen, daß

auch diese Frage einen starken öffentlich-rechtlichen Einschlag aufweist und nicht unbedingt als eine rein bürgerlich-rechtliche Angelegenheit anzusehen ist. Näher auf dieses Problem einzugehen, dafür ist im Rahmen dieser Darstellung, die sich auf die Wieder- gabe grundsätzlicher Gesichtspunkte beschränken will, nicht der Platz. Sie können vielmehr nur kurz an- gedeutet werden. Immerhin darf aber darauf hinge- wiesen werden, daß für die Frage der Ausgleichung der Interessen des Staates einerseits und der Interessen der Wirtschaft andererseits, eine Frage, die bei der Rege- lung des Kartellrechts mit an erster Stelle steht, bei der starken Verbundenheit der beiderseitigen Interessen nicht dogmatische, in noch so feiner Geistesarbeit ersuchte Re- geln, sondern die praktischen Bedürfnisse des gesamten Staatslebens entscheidend sein werden. Die Rechtslehre und Rechtsforschung kann hier unterstützend mitwirken, die Hauptaufgabe fällt aber in das Gebiet der Politik.

Anmerkung der Redaktion: Zur Veranschaulichung der in diesem Aufsatz erörterten Grundsätze werden wir von jetzt an auch Einzelentscheidungen des Kartellgerichts zur Veröffentlichung bringen, deren Bearbeitung der Ver- fasser uns zugesagt hat.

Kurze Nachrichten

Der Reichstanzler und die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts, die an dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg teilgenommen haben, sind nach Berlin zurückge- kehrt. Für heute (Freitag) ist eine Sitzung des Reichskabinetts anberaumt, in der laut „Völk. Zig.“ u. a. ein Vortrag des Reichsaussenministers Dr. Stresemann über die kommende Ratstagung in Madrid entgegenkommen werden soll. Das Reichskabinet wird vermutlich auch das Problem der Reform der Arbeitslosenversicherung beschäftigen.

Die deutsche Delegation für die Ratstagung in Madrid, auf deren Tagesordnung die Winderheitenfrage steht, wird am Sonntagabend Berlin verlassen.

Geheimrat Dr. Fergel, der Schöpfer und führende Gelehrte der Wissenschaft von der Physik der Atmosphäre, feierte am Mittwoch seinen 70. Geburtstag.

Die Vollgummibereifung für Kraftfahrzeuge soll vom 1. Juli ab verboten werden; diejenige für Anhänger vom 31. Januar 1930 ab. Aus Kreisen der Kraftwagenbesitzer wird eine Verlängerung der Fristen angestrebt. Das Reichs- verkehrsministerium kann sich für eine solche Verlängerung nicht entscheiden. Die elastischere Bereifung ist nötig zum Schutze der Landstraßen und wegen der Sicherheit der Ge- wände.

Schließung aller Kinos in Hessen und Hessen-Nassau. Eine Versammlung der hessischen und hessen-nassauischen Kinobesitzer hat beschlossen, am 1. Juli für die Sommermonate in ganz Hessen und Nassau die Kinos zu schließen wegen der hohen Vergütungssteuern, der Folgen des kalten Winters und des vorzeitigen Einsetzens der Sommerwitterung.

Städtische Forderung auf Grenzöffnung. Der in Gebweiler abgehaltene Verbandstag der elsass-lothringischen Hoteliers und Gastwirte verlangt mit besonderem Nachdruck die Öffnung der Grenzen. Eine entsprechende Resolution wurde angenom- men.

Die russische baltische Flotte ist zu ihrer ersten Schulfahrt in der Ostsee aus Kronstadt ausgelaufen.

Badischer Teil

Der Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes

ist erschienen. Als am 24. März d. J. das 50jährige Bestehen des Gewerbeaufsichtsamtes durch eine schlichte Feier im badischen Staatsministerium begangen wurde, wurden auch die vom damaligen Bundesrat im Jahre 1878 erlassenen Normen für die staatliche Arbeitsaufsicht erwähnt: „Sie sollte ihre Aufgabe vornehmlich darin suchen, durch eine wohlwollend kontrollierende, beratende und vermittelnde Tätigkeit nicht nur den Arbeitern die Wohlthaten des Gesetzes zu sichern, sondern auch die Arbeitgeber in der Erfüllung der Anfor- derungen, welche das Gesetz an die Einrichtung und den Be- trieb ihrer Anlagen stellt, tatvoll zu unterstützen.“ Wendet man diese Richtlinien auf den Jahresbericht des Badischen Gewerbeaufsichtsamtes von 1928 an, dann darf gesagt wer- den, daß er sie auch nach 50 Jahren zur unbedingten Grund- lage seiner Niederchrift gemacht hat. Auf einem besonderen Blatt gedenkt denn auch der Bericht dieser Feier und fügt hinzu, daß dem Gewerbeaufsichtsamte sowohl vom Bund als auch von den Gewerbeverbänden, als auch von den drei Gewer- schaftskörperschaften anerkennende Worte gesendet worden sind.

Der Jahresbericht selbst

Sein innerer Aufbau ist nicht geändert; man hat trotz der Fülle des Stoffes und obwohl das wirtschaftliche Leben des Reichslandes Baden zu vielerlei Betrachtungen anregt, seinen Umfang beschränkt. Diese Beschränkung soll die Lesbar- keit des Berichts verbessern und ihn von unnützer Last be- freien. Er wird wie im Vorjahr wiederum einer größeren Anzahl Betriebsleitenden und Betriebsräte, sowie den sich dafür interessierenden Tageszeitungen gratis überandt wer- den. Auf die geschlossenen Sonderabhandlungen des Berichtes muß hingewiesen werden. Wir finden als solche: Angestellte im Berggewerbe, Hausarbeit in der Textilindustrie, Unfall- gefahrenquellen, Aufzüge in Baden, elektrische Unfälle und Betriebswohnungen. Es sollen damit der badischen Wirtschaft entsprechende Unterlagen gegeben werden. So stellen denn auch mehrere Bilder die Gefahrenstellen an Bohrmaschinen, an Holzsaegen und an Abriechmaschinen usw. recht anschau- lich dar. Auch die Skizze einer guten Vätereranlage ist be- achtenswert.

Die Arbeitnehmer

Beilagt wird im Bericht die Abneigung mancher Arbeit- geber, aber auch vieler Arbeitnehmer gegen die Wahl von Betriebsräten. Und interessant ist die Feststellung, daß die großen Betriebe durchgängig ihren Betriebsrat besitzen, er aber bei mittleren Betrieben manchmal, bei kleinen Betrieben sehr oft fehlt.

An Streiks und Ausperrungen waren 234 Betriebe betei- ligt; die Zahl der Ausständigen betrug 8000. In der Mehr- zahl der Fälle endeten die Streiks mit einem Erfolg der Ar- beitnehmer. — Betriebskillingungen erfolgten im Jahre 1927 insgesamt 166, im Jahre 1928 aber 279, ein sicherer Grad- messer für den Niedergang unserer Wirtschaft, der sich leider auch in Arbeiterentlassungen auswirkt. Mit Bedauern wird

bei der Prüfung der Ergebnisse von Stilllegungsverhandlungen festgestellt, daß der Verlust von Beschäftigten unse- rerer badischen Wirtschaft eine ganz erhebliche Wunde ge- schlossen hat; ein großes Arbeitsgebiet ist uns damit verloren gegangen.

Zur Tätigkeit der Arbeitsgerichte bemerkt der Bericht, daß diese sich mehrfach an das Gewerbeaufsichtsamte wegen Ab- gabe von Gutachten gewendet haben.

Ein wichtiges Kapitel ist das der Beschäftigung ausländi- scher Arbeiter; hier stützt sich das Gewerbeaufsichtsamte auf Mitteilungen des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland in Stuttgart. Danach war dem Lande Baden für das Jahr 1927 ein Kontingent von 400 polnischen Arbeitkräften (hauptsäch- lich für die Landwirtschaft) zur Verfügung gestellt, geneh- migt wurden aber 461; der Bericht bemerkt, man wäre auch bei schärfer Prüfung der Bedürfnisfrage im Einzelfall ohne eine gewisse nachträgliche Erhöhung des Kontingents nicht auskommen. Die Antragsziffer der ausländischen nicht landwirtschaftlichen, in der Hauptsache also der Industrie- arbeiter, ist von 419 im Jahre 1926 auf 854 im Jahre 1927, die Genehmigungsziffer von 384 auf 812 gestiegen. Auch eine vermehrte Beschäftigung ausländischer Grenzgänger hätte sich im Jahre 1927 keineswegs vermeiden lassen. In der Hauptsache handelte es sich in Konstanz, Waldshut und Wör- rach um schweizerische Staatsangehörige.

Von den Rechtsauskunftsstellen wurden Auskünfte gegeben: Allgem. deutscher Gewerkschaftsbund 46 700, katholische Ar- beitervereine 24 400, deutsche Gewerksvereine 2900, Rechts- schupstelle für Frauen und Mädchen 1146.

Die Arbeiterkassenbestimmungen

Ein vielseitiges Gebiet! Erfreulich ist die Feststellung des Berichtes, daß die Arbeiterkassenbestimmungen in der Industrie im allgemeinen gut beachtet werden. In 60 Fällen mußte allerdings wegen Überschreitung der Arbeitszeit in gewer- blichen Betrieben Strafantrag gestellt werden. Merkwürdig be- merkt der Bericht: „Die Strafen waren meist gering und deswegen nicht dazu angetan, vor wiederholten Zuwiderhand- lungen abzusichern.“ Das sollte in den Kreisen, welche es angeht, beachtet werden. — Auf das Berggewerbe weist der Bericht jedoch besonders hin, da an Schichttagen oft von früh morgens bis spät abends gearbeitet werde. Zwar sei es an anderen Tagen wieder etwas ruhiger, aber die Wochen- stundenzahl überschreite im Berggewerbe die gesetzlich und beruflich festgesetzte Arbeitszeit wesentlich.

Ähnlich sehe es in Handwerkbetrieben auf dem Lande aus. In einer Uhrenfabrik hätten einzelne Arbeiter bis 2 Uhr nachts; seine Lehrlinge bis 12 Uhr nachts gearbeitet. Die beiden Geschäftsführer wurden zu Strafen von 30 und 150 Reichsmark verurteilt.

Die Vorteile des freien Samstag nachmittag werden — nach dem Bericht — dem allgemeinen Gefühl, daß der größte Teil aller Betriebe in Baden durch Verlängerung der Ar- beitszeit an Wochentagen den Samstag nachmittag freigestellt hat. — Wegen unzulässiger Sonntagsbeschäftigung mußten in 24 Fällen bei der Staatsanwaltschaft Strafanträge gestellt werden.

Auf den weiteren Inhalt des Berichtes werden wir ge- legentlich eingehen. Er ist sicher eine Fundgrube sozialpoliti- scher Maßnahmen und Umstände und trägt zum Verständnis der Wirtschaftslage unseres Landes in hohem Maße bei.

Allemannische Woche in Freiburg

Am Samstag, den 8. Juni, wird die diesjährige Allemen- nische Woche in der Freiburger Kunst- und Festhalle mit einem Feiernabend eröffnet werden. Aus allen Gebieten des Al- mennanlandes sind Beteiligungen zugezogen. Insbesondere aber wird die Mitwirkung der gesamten Reichsdeutschen Bürgermiliz an dem Heimatspiel „Schwarzwälder Hochzeit“ dem Kräf- tigungsabend ein festliches Gepräge geben. Sicher wird auch die sonntägliche Ehrenparade dieser Miliz vor dem Freiburger Münster viele Zuschauer aus nah und fern herbeiloden, denn ein solches Paradebild wird besonders eindrucksvoll sein, wenn inmitten der historischen Bauten des Münsterplatzes die histo- rischen Gewandungen einer alten Bürgerwehr leuchten.

Aus der badischen Landwirtschaft

Fortschreiten der Qualitätsviehzucht im Hanauerland. Un- ter dem Vorsitz des Regierungsvertreters, Ob.Reg.Rat Fehsen- meier, Karlsruhe, und im Beisein der staatlichen und Gemeindeführer und zahlreicher Vertreter des Bezirks Rchl fand in Rchl die Jugendwettbewerb der Kinderzuchtgenossenschaft Rchl statt. Die Schau zerfiel in eine staatliche und in eine genossenschaftliche; die staatliche Prämierung unterstand Ob.Reg.Rat Fehsenmeier; die genossenschaftliche: Veterinär- rat Dr. Huber, Rchl, Tierarzt Dr. Müblich, Rchl, Dr. Bent, Freiheit und Landwirtschaftsprofessor Würfel, Rheinischs- heim. Das Richten wurde in der staatlichen Schau in drei Klassen, in der genossenschaftlichen in sechs Klassen vorge- nommen. Aufgetrieben waren gegen 70 Stück Qualitäts- vieh, die von den großen Fortschritten der Qualitätsviehzucht im Hanauerland das allerbeste Zeugnis ablegten. Es konnten sowohl in der staatlichen als auch in der genossenschaft- lichen Prämierung zahlreiche erste bis dritte Preise vergeben werden.

25 Jahre Getreidelagerhaus Regau. Das Getreidelagerhaus Regau hielt in Eugen seine Generalversammlung ab, mit der die Feier des 25jährigen Bestehens verbunden war. Von den 407 Gründern sind noch 182 in der Genossenschaft, 174 sind ausgeschieden. 1904 wurde der Bauplatz für 4000 M. erwor- ben, der Bau einschließlich der Maschinen stellte sich auf 68 500 M. 1915/16 wurde eine Trockenanlage im Wert von 30 000 M. eingebaut, 1921 wurde ein neues Rassengebäude er- stellt, 1922 wurde eine Lagerhalle in Weuren a. Manden er- richtet, 1928 wurde das Lagerhaus in Silzingen dazu gepach- tet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betragen bei einem Reingewinn von 34 M die Einnahmen 385 802 M. Auf die Geschäftsanteilegaben waren die üblichen fünf Proz. Ver- zinsung verteilt worden. Es wurde beschlossen, eine Saatgut- reinigungsanlage anzuschaffen. Der Vorstand soll diese Frage prüfen. Anschließend folgte der Jubiläumssack, bei dem lang- jährige Mitglieder ausgezeichnet wurden.

Aus den Parteien

Der ordentliche Landesparteitag der Deutschen Demokra- tischen Partei in Baden findet am 29. und 30. Juni in Tri- berg statt.

Tagungen

Badischer Forstverein. Die Delegierten, etwa 80 Forst- männer, kamen kürzlich in Weinheim zur 68. Hauptver- sammlung des Badischen Forstvereins zusammen. Den Vor- mittag füllte eine Sitzung der Beamtenabteilung des Forst- vereins aus, in der ein Referat über den Stand der Verwal- tungsreform, sowie über die Einwirkung in die Gehaltsgrup- pen 2a und 2b gehalten wurde, an das sich eine lebhafte Aus- sprache anschloß. Die Verhandlungen waren durchweg inter- essant. In der am Nachmittag abgehaltenen Hauptver- sammlung gelangten fachtechnische und forstwirtschaftliche Fra- gen zur Verhandlung.

Aus der Landeshauptstadt

Die Fronleichnamfeier in Karlsruhe. Die gekrönte Fron- leichnamfeier nahm den üblichen Verlauf. Die öffentlichen Professionen fanden bei günstiger Bitterung unter sehr har- ter Beteiligung statt. Bei der Profession von St. Stefan schrit- ten unmittelbar hinter dem Allerheiligsten der Staatspräsi- dent Dr. Schmitt, Landtagspräsident Dr. Baumgartner, Präsi- dent Wittermann und Ministerialdirektor Huber. — Auch die Fronleichnamprofession in Freiburg wurde bei prächtig- stem Wetter abgehalten. Die Straßen um das Münster waren festlich geschmückt. Das Allerheiligste wurde an Stelle des er- krankten Erzbischofs von Weibschhof Dr. Burger getragen. An der Spitze der katholischen Mitglieder des Stadtrates sah man Oberbürgermeister Dr. Bender. Die Beteiligung war sehr stark, besonders zahlreich vertreten waren die Chören der katholi- schen Verbindungen. Die Straßen wurden von einer nach Tau- senden zählenden Menschenmenge eingekäumt.

Karlsruher Schwurgericht. Als letzter Reineidsfall wurde am Mittwoch gegen den Blechner Rudolf Baumgartner und den Tagelöhner Julius Dres, beide aus Reuthard bei Bruch- sal, verhandelt, denen die Anklage vorwirft, in einem vor dem Amtsgericht Bruchsal schwebenden Alimentationsprozeß die Unwahrscheinlichkeit mit ihrem Eide bekräftigt zu haben. Das Gericht sprach gegen Baumgartner wegen vorsätzlichen und wissen- tlichen Falschweides eine Zuchthausstrafe von einem Jahre aus. Gegen Dres lautete das Urteil wegen fahrlässigen Falschweides auf eine dreimonatige Gefängnisstrafe.

Badisches Landestheater. „Der Dreispiz“, ein spanisches Ballett des Führers der lebenden spanischen Ballettgenera- tion, Manuel De Falla, ist ein Spitzenwerk der Ballettkompo- sitionen. Im ständigen Repertoire des Diaghilew-Balletts hat es in Deutschland auf dessen Turneen größten Erfolg ge- habt. Neben Essen ist das Landestheater die erste deutsche Bühne, die dieses melodische Ballett in seinem Spielplan auf- nimmt. Delibes „Coppelia“ in einer neuen fertigen Über- arbeitung von Ballettmeister Fürstenau wird den zweiten Teil des Ballettrepertoires bilden. Dieses wohl berühmteste Werk der Ballettliteratur ist schon lange Jahre in Karlsruhe nicht mehr gegeben worden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die europäische Druckverteilung ist im wesent- lichen unverändert geblieben, so daß das Hoch im Nordwesten immer noch unsere Bitterung bestimmt und für anhaltende Zufuhr kalter Luft polaren Ursprungs nach dem Festlande sorgt. Das gestern nachmittag eingetretene, fast wolkenlose Wetter wird daher kaum von langer Dauer sein, zumal ein Teilwirbel über der Ostsee sich vertieft und Kurs nach Süden genommen hat. — Wetterausichten für Samstag: Zune- mende Bewölkung, stichweise Gewitterregen, Temperaturen wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 11 veröf- fentlicht: das Gesetz zur Abänderung des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte vom 26. Juli 1921 und vom 8. August 1924, ferner das Gesetz wegen Übernahme einer Ausfallgarantie des Landes Baden für Lieferungsgehalte nach Ausland.

D3. Leutersheim, Amt Rchl, 30. Mai. Die Kultivierungs- arbeiten im Rheinwald schreiten gut vorwärts. Auf dem neu gewonnenen Gebiet sollen Wiesen angelegt werden. Die ersten elf Löße wurden auf sechs Jahre in Racht verpachtet. Der Pachtzins bewegt sich zwischen 80 und 96 M pro 18 Ar.

D3. Renschen, 29. Mai. Die Belegung der Heilstätte für Alkoholtränke zeigt eine aufsteigende Linie. 1926 wurden 71 Pflanzlinge behandelt, 1927 waren es 87, 1928 stieg die Zahl auf 112.

D3. Speyer, 30. Mai. Die Wiederinstandsetzungsarbeiten an der Schiffsbrücke Speyer sind beendet. Ab 30. Mai verkehren alle Züge wieder nach dem vom 15. Mai gültigen Sommer- fahrplan.

Die Dipe in New York

W.D. New York, 31. Mai. (Tel.) Die ungeheure Hitze hier dauert an. In New York erlagen ihre gestern 4 Personen, 9 erkrankten zum Baden; in Boston starben 5 Personen an Sonnenstich und 4 erkrankten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	31. Mai	30. Mai	29. Mai	28. Mai
Amsterdam 100 G.	168.43	168.77	168.53	168.77
Kopenhagen 100 Kr.	111.63	111.85	111.61	111.83
Italien . . . 100 L.	21.935	21.975	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.324	20.364	20.316	20.356
New York . . . 1 D.	4.1910	4.1990	4.1890	4.1970
Paris . . . 100 Fr.	16.38	16.42	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	80.68	80.84	80.63	80.79
Wien 100 Schilling	58.85	58.97	58.83	58.95
Prag . . . 100 Kr.	12.415	12.436	12.401	12.431

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 29. Mai d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weite- res 84 sh 11 d. bzw. für ein Gramm Feingold 32,7616 Pence.

Zellstoff Waldhof Mannheim. Die Zellstofffabrik Waldhof setzte die Dividende auf 13% Proz. fest (d. h., wie der Vor- jährige in der Generalversammlung betonte, 12 Proz. netto). Der Geschäftsgang habe eine befriedigende Entwicklung ge- nommen. In der Fabrikation und im Versand machte sich die Einwirkung der großen Kälte bemerkbar. Die Gesellschaft hätte die Produktion aufrecht erhalten können. Der Versand nach Übersee wurde infolgedessen behindert, als der Rhein zuge- froren und die Ostsee blockiert war. Was der Versand nachge- lassen hatte, sei inzwischen wieder nachgeholt worden. Was die weiteren Aussichten anlangt, so hat die Gesellschaft ihre Zell- stoff-Produktion für das laufende Jahr ausverkauft. Die Nach- frage sei allerdings im Inlande etwas schwächer, dagegen im Ausland stärker. Die Preise hätten etwas angezogen. In Pa- pier sei die Lage nicht so günstig. Der Absatz sei zum Teil et- was schwächer. Im ganzen hoffe man aber, auch im laufenden Jahre die Papierproduktion wieder voll absetzen zu können. Darauf fanden die Versammlungen der zur Gruppe gehören- den Gesellschaften statt.

Rheinische Elektra Mannheim. In einer Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der auf den 25. Juni 1929 eintretenden Generalversammlung für das verfloßene Geschäftsjahr aus 1 385 814 M Reingewinn (i. R. 1 403 610) nach angemessenen Abschreibungen und Rücklagen 9 Proz. Dividende (i. R. 9 Proz.) auf die Stammaktien und 6 Proz. (6) auf die Vor- zugsaktien vorzuschlagen. Der Vortrag auf neue Rechnung beträgt 169 614 M (187 410 M).

Arthur Voelbling 80 Jahre alt. Der ehemalige Professor der Geschichte und Literaturgeschichte an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Prof. Dr. Arthur Voelbling, feierte am Donnerstag seinen 80. Geburtstag. Voelbling wurde in St. Petersburg geboren und hat insbesondere als Shakespeare-Forscher sich einen großen Namen gemacht. Noch vor ganz kurzer Zeit hat er eine außerordentlich beachtenswerte Streitschrift gegen Gundolf Shakespeare verfasst. Auch in der Politik und im Wirtschaftsleben ist er hervorgetreten. Er ist für die Einführung des Kilometerheftes eingetreten, die ihm schließlich zu danken war. Der greise Gelehrte lebt jetzt auf seinem Landgut in Oberjasbach.

Um den Etat der Rotgemeinschaft. Die Preussische Akademie der Wissenschaften nimmt in einer Denkschrift Stellung zu den Kürzungen am Etat der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Sie verlangt vom Reichstag die Bewilligung eines Nachtragsetats in Höhe der gestrichenen Million, da die Stellung Deutschlands im Kreise der Kulturvölker nur durch die Mittel der Rotgemeinschaft zu erhalten sei. Der Buchhändler-Vereinsrat hat eine Eingabe an den preussischen Landtag gerichtet, in der er sich gegen die im diesjährigen preussischen Haushaltsetat erfolgte Herabsetzung der Büchererwerbungsbeiträge für die staatlichen Bibliotheken wendet.

Gemeinderundschau

Lockerung der Zwangswirtschaft in Karlsruhe
In seiner letzten Sitzung hat sich der Stadtrat Karlsruhe eine wesentliche Erleichterung in der Wohnungszwangswirtschaft beschließen, die in der Hauptsache darin besteht, daß der Hauseigentümer künftig über eine freierwerbende sechs- oder Mehrzimmerwohnung wie in der Vorkriegszeit wieder ganz wie er will, verfügen kann. Der schriftlichen Genehmigung bedarf künftig nur noch die Vermietung von unmobilierten Wohnungen von mindestens zwei und höchstens fünf Zimmer, die vor dem 1. Juli 1918 erstellt worden sind, und am 1. Oktober 1914 nicht gewerblichen Zwecken dienen. Eine Genehmigungsgebühr wird nicht mehr erhoben. In den Stadtteilen Miltheim, Bulach, Ruppurr und Darlanden ist die Vermietung aller Wohnungen nicht mehr genehmigungspflichtig. Die Abbaumassnahme erfolgte im Hinblick auf das reichliche Angebot an großen Wohnungen, sie ist schon seit geraumer Zeit in Aussicht genommen worden.

Der Bürgerausschuß Singen a. S. genehmigte den Voranschlag in der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Form. Dagegen stimmten die Kommunisten und ein Teil der Sozialdemokraten. Der Voranschlag, der einen ungebeten Aufwand von 519 000 M hat, sieht die gleichen Umlagesätze wie im Vorjahre vor.

Bürgermeisterverammlung. In Markdorf fand eine Bürgermeisterverammlung des Bezirkes Überlingen statt, die sich u. a. auch mit den Landwirtschaftskammerwahlen befaßte, wobei festgestellt wurde, daß bei der Aufstellung der Wahllisten im Landeskommissariat Konstanz die Amtsbezirke Konstanz, Stodach, Füllendorf und Überlingen künftighin in der Landwirtschaftskammer nicht vertreten sind. Die 45 anwesenden Gemeindevorsteher des Amtsbezirkes Überlingen faßten einstimmig eine harte Resolution, in der gegen diese Zurücksetzung protestiert und verlangt wird, daß zum mindesten ein Sachverständiger in den Ausschüß für Obbau aus dem Bezirk Überlingen hinzugeführt wird.

Der Furtwanger Bürgerausschuß genehmigte mit 54 gegen 8 Stimmen den Voranschlag. Der Voranschlag schließt auf der Einnahmenseite mit 343 205 M, auf der Ausgabenseite mit 464 102 M ab, so daß ein ungebetener Aufwand von 120 897 Reichsmark überbleibt, der durch die Umlage gedeckt werden muß. Die Umlage beträgt für je 100 M Steuerwert 108 Pf. vom Grundvermögen, 44 Pf. vom Betriebsvermögen und 540 Reichspfennig vom Gewerbevermögen.

Die rauchenden Kreisläufe. Das Rauchen soll die Gemütsheiligkeit fördern und befruchtend selbst auf den Cholericer wirken. Darum fand die Kreisversammlung in Heilbronn am letzten Samstag unter dem Zeichen der Raucherlaubnis.

Badische Lichtspiele

Konzerthaus
Freitag, den 31. Mai bis Mittwoch, den 5. Juni
jeweils 20,15 Uhr Sonntags nur 16 Uhr,
Mittwoch, auch 16 Uhr

Heut spielt der Strauß
Vom kleinen Musikantensohn zum Walzerkönig
Die Geburt des Donauwalzers — Eine Apotheose der Musik

Johann Strauß: Alfred Abel
Im Beiprogramm: Kunstschatze des Vatikans
MUSIKBEGLEITUNG
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fr. Müller, Kaiserstr.
u. im Büro: Klapprechtstr. 1. (9—1 u. 3—4.30 Uhr)

Jugendliche haben Zutritt

LEIPHEIMER Seide
Wollmuslin
Voile
in enormer Auswahl

& MENDE

Die Belegung des zweiten städt. Kreisbezirks in Freiburg.

Kaminfegermeister Jakob de Petris, Inhaber des II. städt. Kreisbezirks in Freiburg, ist am 10. d. M. gestorben. Die Neubeflegung dieses Bezirks fällt daher nötig.

Der Bezirk umfasst den Häuserblock, der begrenzt wird durch die Südseite der Ludwigstraße und deren Aufstufung über den Schloßberg, die Ostseite der Kaiserstraße, die Dreifam, die Westseite der Schwabentorstraße, die Nordseite der Kartäuserstraße und die Ostseite der Fabrikstraße bis zur Dreifam, dann diese bis zur Gemarkungsgrenze.

Bewerbungen um diese Stelle sind bei uns binnen 4 Wochen einzureichen. Hierbei sind Namen, Geburts- und Wohnort, Alter, Familienverhältnisse, Vorbildung und Tätigkeit seit dem Zeitpunkt der Prüfung anzugeben.

Der Bewerbung sind in Urchrift oder in beglaubigter Abschrift beizulegen:

1. Das Geburtszeugnis,
2. das Zeugnis über die bestandene Prüfung,
3. ein polizeiliches Leumundzeugnis,
4. Zeugnisse über die Beschäftigung seit dem Zeitpunkt der Prüfung,
5. ein bezirksärztliches Zeugnis über die für die Ausübung der Tätigkeit erforderliche Gesundheit und körperliche Nüchternheit.

Bewerbungen, welche innerhalb der Bewerbungsfrist nicht vollständig, also nicht mit sämtlichen vorgeschriebenen Angaben und Anlagen, eingereicht werden, dürfen bei Zuteilung des Kreisbezirks nicht berücksichtigt werden.

Freiburg, den 21. Mai 1929.

Bad. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Die zum 1. April d. J. mit der Stadt Karlsruhe vereinigte und bisher zum Finanzamt Karlsruhe-Land gehörige Gemeinde Bulach ist mit Wirkung vom 1. Juni d. J. dem Bezirk des Finanzamts Karlsruhe-Stadt zugeleitet worden.

Die Pflichten im Stadtteil Bulach werden ersucht, ihre Steuern und Abgaben vom 1. Juni an bis auf weiteres unter der bisherigen Steuer- bzw. Sollbuchnummer an die Finanzkasse Karlsruhe-Stadt (Postfachkonto Karlsruhe 75808, Girokonto bei der Städt. Sparkasse 2950, Reichsbank Girokonto) zu bezahlen.

Karlsruhe, den 29. Mai 1929.

Finanzamt-Stadt.

Staatstechnikum

Badische Höhere Technische Lehranstalt
Karlsruhe, Volkststraße 9.

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winter-Studienhalbjahr sind spätestens bis zum 15. Juni 1929 an die Direktion schriftlich zu richten.

Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 14., 15. u. 16. Oktober 1929 statt.

Die Einweisung der Studierenden ist am **Donnerstag, den 17. Oktober 1929, 10 Uhr.**

Der Unterricht wird **Donnerstag, den 17. Oktober 1929, 14 Uhr.** eröffnet.

Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 50 Pf. zugänglich Porto erhältlich ist.

Karlsruhe, im Mai 1929.

Die Direktion:
gez. V. d. S.

Bezirkssparkasse Staufen.

(Öffentliche Verbandssparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
Kassenbestand	21 566,40	Spareinlagen	2 096 265,90
Guthaben bei Banken und Postsparkassen	18 587,74	Giro- und Kontokorrenteinlagen	164 623,38
Betriebskapital bei der Girozentrale	71 500,—	Anleihen bei Girozentralen	123 573,22
Wechsel	49 041,10	Reichsbankkredit	270 911,37
Wertpapiere	2,—	Aufwertungsverrechnungsfonto	134 141,03
Darlehen in laufender Rechnung an Private	946 320,78	Rücklagen früherer Jahre	94 375,59
Darlehen gegen Schuldscheine	320 100,91	Reingewinn im laufenden Jahre	32 642,17
Darlehen an Gemeinden	240 007,09		
Darlehen gegen Hypothek	1 098 149,37		
Grundstückkaufgelder	44 580,—		
Einnahmerückstände	87 074,17		
Gebäude und Grundstücke	14 777,90		
Gerätschaften	4 825,20		
	2 916 532,66		2 916 532,66

Errechnung der Rücklage:

Die satzungsgemäße Rücklage hat zu betragen: 360
8% aus 2 260 889,28 RM = 180 871,15 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928 = 127 017,76
Somit fehlen zur Rücklage = 53 853,39 RM

Staufen, den 26. März 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Lederle.
Der Geschäftsleiter: Gangwisch.

Öffentliche Sparkasse Odenheim.

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand einschl. Postfach	1 815,06	Spareinlagen:	
2. Guthaben bei Girozentralen	2 968,89	1. Neue Einlagen	144 671,09
3. Betriebskapitalkonto	4 050,93	2. Aufwertungs-einlagen	190 923,98
4. Darlehen auf Hypothek	28 080,69	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	9 783,39
5. Darlehen auf Schuldscheine	33 990,74	4. Anleihenkapital	50 000,—
6. Darlehen auf Wechsel	435,—	5. Reingewinn i. Jahre 1928	10 141,17
7. Darlehen in laufender Rechnung	165 948,12		
8. Einnahmerückstände	14 990,64		
9. Gerätschaften	761,90		
10. Aufwertungsforde-rungen auf Hypotheken Schuldscheine und Wert-papiere	181 236,55		
11. Zuschußforderung an die bürgende Gemeinde aus Aufwertung	21 243,16		
	406 519,58		406 519,58

Odenheim, den 28. Mai 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Vogel, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Gelming.

Arbeitsvergebung.

Nacharbeiten für den Neubau eines Finanzamtsdienstgebäudes an der Simmerstraße in Forzheim, und zwar:

- a. Zimmer, b. Dachdecken und c. Blecharbeiten
- a. ca. 116 cbm Bauholz, b. ca. 1420 qm Dachfläche (Ziegelbelag), c. ca. 220 lfd. m Dachrinnen, ca. 112 lfd. m Abfallrohre (Zink).

Zeichnungen, Bedingungen, Angebotsvordrucke vom 3.—8. Juni 1929 an Werktagen von 9—12 Uhr beim Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephaniensstr. 28, Flügel Seminarstraße Erdgeschoss und vom 3.—13. Juni von 9—10 Uhr im Baubüro des Finanzamts Forzheim, Zerrnerstraße 57. Kein Verkauf von Zeichnungen und Unterlagen nach auswärtig.

Angebotseröffnung am 14. Juni 1929 von vorm. 10 Uhr ab (siehe Angebot) im Sitzungszimmer des Finanzamts Forzheim-Stadt. Angebote verschlossen, postfrei und durch Aufschrift gekennzeichnet sind zu richten bis 13. Juni 6 Uhr abends an Baubüro Finanzamt Forzheim, Zerrnerstraße 57, oder vor Beginn der Angebotseröffnung im Sitzungszimmer Finanzamt Forzheim-Stadt abzugeben.

Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, 31. Mai 1929.

Bezirksbauamt.

Badisches Landestheater

Freitag, 31. Mai
*F. 28 (Freitagmiete),
Fh.-Genr. 801—900
und 1001—1100

Gesellschaft

Schauspiel von Galsworthy
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertram, Ernart, Müller,
Baumbach, Portfeldt,
Brand, Dahlen, Graf,
Detz, Höder, Jutz, Kien-scher, Klobie, Ruther,
Wegner, Müller, Krüger,
Schulze

Anfang 20 Ende 22
Preise A (0,70—5 RM)

Samstag, den 1. Juni
*A 27

Der Dreispitz

Ballet von G. Martin,
Sierra Musik von Manuel
de Falla
Musikalische Leitung:
Schwarz

Coppelia

Ballet von Leo Delibes
Bearbeitung von
Karad Josef Fürstenau
Musikalische Leitung:
Schwarz

Regie und Choreographie:
Karad Josef Fürstenau,
Mitwirkende: Fürstenau,
das Ballet, die Ballettschule.

Anfang 20 Ende geg. 22
Preise C (1—7 RM)

Rudolstädter Geldlotterie

Ziehung garantiert 4.—6. VI.
Höchstgewinn auf 1 Doppellos RM.
50000
Höchstgewinn auf 1 Einzellos RM.
25000
Gesamtgewinn bar ohne Abzug RM.
112000
Einzellos 1 RM., Doppellos 2 RM.
Parto und Liste 40 Pf.
STÜRMER Mannheim
0 7, 11
Postsch.-Konto 17043 K'ruhe
und alle Verkaufsstellen

Colossum

Täglich 8 Uhr
**Ich küsse
Ihre Hand
Madame!**
Ein Spiel
von Liebe u. Lenz

Auch Torpedo-Fahrräder

erhalten Sie bei geringer Anzahlung und kleinen Raten bei
EBERT, Karlstraße 36